

LGBTIQA+

DEBATTE

Nicht-Wissen-Wollen

Melanie Czarnik

Zwei gegensätzliche Petitionen zur Behandlung von LGBTIQA+-Themen an der Schule wurden vergangenen Dienstag direkt nacheinander in der Chamber diskutiert. Wenn Ignoranz auf Fakten trifft.

Steve Schmitz klickt immer wieder auf den Knopf seines gelben Kugelschreibers. Dann wirft er ihn vor sich auf den Tisch, nimmt ihn wieder in die Hand und legt ihn erneut hin. Nervöse Gesten, die nicht zu seinen Worten und der Überzeugung in seiner Stimme passen. Ist ihm bewusst, dass er gerade abscheuliche und offensichtliche Lügen verbreitet? „Es hat kein Hetero sie je angegriffen. Noch nie und das hat es auch noch nie gegeben. Seit Jahrhunderten kann ich mich nicht erinnern, dass irgendwann, irgendwo, irgendwelche Leute so angegriffen worden wären, dass etwas Schlimmes passiert wäre“, sagt er vergangenen Dienstag während der öffentlichen Sitzung zu Petition 3198 in der Chambre des députés. Mit „sie“ meint er LGBTIQA+-Personen – 80 Jahre und ein Tag nach der Befreiung der Überlebenden des deutschen Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz. Während der NS-Diktatur wurden 50.000 homosexuelle Männer inhaftiert, 15.000 von ihnen wurden in Konzentrationslagern gebracht, viele sind dort getötet worden. Hinzu kommt eine unklare Anzahl nicht dokumentierter Opfer.

Steve Schmitz ist mit dem Petenten Helder Rui de Almeida Neves vor die Deputierten der Petitionskommission und der Kommissionen für Familie, Bildung und Diversität getreten, um die Petition 3198 zu verteidigen. Eine Petition, die eine Verbannung jeglicher LGBTIQA+-Themen aus der schulischen Bildung von Minderjährigen fordert. Während der Petent nach seinem Eingangsvortrag zum Thema schweigt, „beantwortet“ Steve Schmitz bereitwillig die Fragen der Deputierten mit Abschweifungen, dubiosen Beispielen und erfundenen Zahlen und Fakten.

Um zu belegen, dass weder er noch die Petition, die er verteidigt, homo- oder transfeindlich seien, erzählt er immer wieder von seinem trans Bruder. Allerdings benutzt er durchgängig falsche Pronomen und nennt ihn „seine Schwester“. Ob der Mann sich



Setzen sich für eine fundierte Wissensvermittlung an der Schule ein: Petent Marc Gerges, Caroline Pull und Dr. Eric Schneider (v.l.n.r.).

ein Outing vor der ganzen Nation gewünscht hat, ist unklar. Die Tatsache, dass er ihn kein einziges Mal „Bruder“ nennt, geschweige denn die richtigen Pronomen benutzt, spricht Bände und unterstreicht das Nicht-Wissen-Wollen, das für diese mühsame Debatte so typisch ist. Schmitz stellt wüste Behauptungen auf, dass Kindern im Alter von vier Jahren Masturbation beigebracht würde oder dass Vierjährige keinerlei kognitive Fähigkeiten besäßen. Erst ab der Pubertät könne überhaupt in Erwägung gezogen werden, über LGBTIQA+-Themen zu sprechen. Ein Blick auf seine Facebook-Seite verrät in Teilen die Quelle dieser Absurditäten.

Fehlinformationen und Unwissen

In einem Post in dem Schmitz die Petition 3198 bewirbt, teilt eine Bekannte in den Kommentaren ein Bild aus einem Rahmenkonzept „Standards für Sexualaufklärung in Europa“ des Regionalbüros der Weltgesundheitsorganisation (WHO) für Europa und der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung. Auf dem Bild gehighlightet ist ein Teil einer Tabelle, in der steht, dass bei 0- bis 4-Jährigen die frühkindliche Masturbation ein Thema ist. Beide können wohl nicht ein-

ordnen, dass diese ein normaler Teil des Entwicklungsprozesses von Kleinkindern ist und nichts mit der Sexualität oder mit Masturbation in und nach der Pubertät zu tun hat. Sie können oder wollen auch nicht verstehen, dass es sich bei der Tabelle der WHO nicht um einen Lehrplan handelt, sondern um Themen, auf die Pädagog*innen vorbereitet sein sollten. Sie sehen sich in ihrer Angst vor einer Pervertierung der „kindlichen Unschuld“ durch LGBTIQA+-freundliche Politik und die WHO bestätigt. „Elo hackt et awer do misst een eng Plainte beim Menschenrechtsgericht maan! Waat eng krank Welt“, schreibt Schmitz unter dem Post, in dem er ironischerweise auch den Screenshot eines Artikels geteilt hat, der den Unterschied zwischen Sexualität und Sexualisierung erklärt. Verstanden hat er wohl auch diesen nicht.

Steve Schmitz ist CFL-Mitarbeiter, ehemaliges ADR-Mitglied und Mitbegründer (und heutiger Präsident) der „Biergerpartei Lëtzebuerg“. Qualifikationen, die ihn dazu befähigten zu dem Thema LGBTIQA+ in der schulischen Bildung Fragen zu beantworten, hat er nicht.

Es gibt eine Reihe von psychologischen Phänomenen, die einem bei Schmitz' Aussagen in den Sinn kom-

men. Dazu gehören: Kognitive Immunisierung – eine Art „mentaler Abwehrmechanismus“, der verhindert, dass widersprüchliche Informationen ins eigene Weltbild eindringen; statt seine Meinung zu ändern, rationalisiert man gegensätzliche Fakten so, dass sie keine Gefahr für die eigene Überzeugung darstellen. Auch „Confirmation Bias“ sei genannt – die Neigung, nur Informationen zu suchen oder zu akzeptieren, die die eigenen Überzeugungen stützen, während gegensätzliche Fakten ignoriert oder abgelehnt werden.

Angeichts der eingangs zitierten Aussage kann sich selbst die amtierende Präsidentin der Petitionskommission, Francine Closener (LSAP), den Kommentar „Viel Meinung, wenig Ahnung“ nicht verkneifen. Dabei lag es in der Hand der Petitionskommission, dass die haltlose Debatte überhaupt stattfand. Sie hätte die Petition 3198 von Anfang an als unzulässig erklären können. Grund dazu bestand allemal. „Ich hätte sie aus ganz klar diskriminierenden Gründen nicht zugelassen und habe das auch gesagt. Zudem hätte ich als Präsidentin in diese Richtung plädiert“, sagt Nancy Arendt (CSV) gegenüber der woxx. Sie hat die Kommission von 2018 bis 2023 als Präsidentin geleitet. „Allerdings entscheidet die Mehrheit hier, und nicht die Präsidentin allein“, fügt sie hinzu. Sie habe auch Verständnis für die Kollegin, die relativ neu in ihrer Position war. Auch habe sie in den letzten Jahren einen wachsenden Zwiespalt bei den Abstimmungen über die Petitionen wahrgenommen.

Noémie Sadler, die Präsidentin der Nationalen Menschenrechtskommission (CCDH), hatte eine ähnliche Ansicht gegenüber der woxx geäußert. Ein mögliches Verbot von LGBTIQA+-Themen in Schulen verstoße gegen die Menschenrechtskonvention und verstärke Diskriminierung, Belästigung und Gewalt gegen LGBTIQA+-Personen. Aus diesen Gründen entspreche die Petition 3198 „nicht den Kriterien der Abgeordnetenversammlung und hätte nicht zugelassen werden dürfen“ (woxx 1821, LGBTIQA+: Vielfalt durch Bildung).

Hätte die Petitionskommission so entschieden, ein weiteres Phänomen wäre vermieden worden: Das der Falsche Balance, das falsche Gleichgewicht,

FOTO: CHAMBRE DES DÉPUTÉS

INTERGLOBAL

das auftritt, wenn zwei Personen oder Vertreter*innen von Meinungen der gleiche Raum gegeben wird, um ihre Position zu erläutern, und sie dadurch gleichwertig erscheinen lässt, obwohl eine durch Fakten oder wissenschaftlichen Konsens fundiert ist und die andere eine Meinungsäußerung ohne faktische Grundlage.

Schwierige Wissensvermittlung

Erstaunlich ruhig und gefasst traten die Vertreter*innen der nachfolgenden Petition auf, die sich dafür einsetzt, LGBTIQ+-Themen in der schulischen Bildung auszubauen und im besten Fall fest in Fortbildungen des Lehrpersonals zu verankern. Neben dem Petenten Marc Gerges (LSAP) sitzen die Psychotherapeutin Caroline Pull, die als Expertin für Familientherapie und Traumatherapie im Familien-Center arbeitet, und Eric Schneider, Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie, der seit über zehn Jahren in der Aus- und Weiterbildung insbesondere im Erziehungssystem, in der Medizin und im rechtlichen Bereich tätig ist. Letzterer benennt unzureichendes Wissen und Fehlinformationen als Anfang einer Kette, die über Angst zu Wut, Hass und am Ende zu schweren Menschenrechtsverletzungen führen kann, gerade auch gegen LGBTIQ+-Personen. „Wir haben eine Zunahme realer Gefahren von Diskriminierung und Gewalt auf Psyche und Körper von queeren Personen. Auch in Luxemburg“, sagt Schneider und führt die Schule als Tatort an. „Wir haben im Moment Gefahr in Verzug.“

Altersgerechte Wissensvermittlung an der Schule und fundierte Fortbildungen für Lehrpersonal sehen die Expert*innen als geeignetes Mittel gegen Diskriminierung und Gewalt und für eine offene und tolerante Gesellschaft. Sie argumentieren, Kinder seien von sich aus neugierig, stellten Fragen und hätten ein Recht auf altersgerechte, kompetente Antworten. Dr. Erik Schneider sprach im Laufe der Antwortrunde noch ein weiteres Problem an. Es gebe zwar bereits Lehrkräfte, die sich engagieren und zum Thema fortbilden, aber das seien doch zu großer Mehrheit jene, die sowieso schon viel wüssten. Also jene, die schon in der Vergangenheit offen für Fakten und Wissen zu LGBTIQ+ waren.

Gerade deswegen ist es wichtig, einen offiziellen Rahmen mit einer Fortbildungspflicht zu schaffen. Auch, aber nicht nur, was LGBTIQ+-Themen betrifft, bei denen immer noch viele Fehlinformationen und Mythen kursieren. Beispiel: „Es gibt nur zwei Geschlechter.“ Selbst wenn man alle Erkenntnisse aus Natur- und Humanwissenschaften zu Geschlechteridentitäten ausblenden würde, schließt man mit dieser Aussage auch die 1,7 Prozent an Intersex-Personen aus, die mit biologischen Merkmalen geboren wurden, die nicht eindeutig den Kategorien „männlich“ oder „weiblich“ zugeordnet werden können, was Variationen in Chromosomen, Hormonen oder anatomischen Merkmalen umfassen kann.

Ein weiteres Problem sieht Schneider in der Begriffsverwirrung, wenn nämlich Geschlechteridentitäten, wie Transidentität und Intersexualität, mit sexueller Orientierung, wie Homo-, Bi-, oder Heterosexualität, vermischt werden. Um es klar zu sagen, es geht in dem Anliegen zur Aufklärung an der Schule nicht darum, Kindern sexuelle Praktiken zu erklären. Es geht um die Vermittlung der Möglichkeit verschiedener Identitäten, sexueller Orientierungen und Lebensmodelle, die nebeneinander und miteinander existieren können. Kurz, es geht um Toleranz und Akzeptanz – sich selbst und anderen gegenüber. In ihrem Schlusswort empfiehlt Yuriko Backes (DP), Ministerin für Gleichstellung und Diversität, einen Artikel von Science.lu, der umfassend zum Thema aufklärt. Während ihrer Abschlussworte schwenkt die Kamera auf die Abgeordneten im Saal. Fred Keup (ADR) ist in sein Handy vertieft und gedanklich vermutlich schon meilenweit entfernt. Damit wird er zum Sinnbild dafür, was ab einem bestimmten Alter tatsächlich die Wurzel allen Übels ist: Unwissen, Fehlinformation und vor allem das Nicht-Wissen-Wollen.



PHOTO: CLÉMENT GIRARDOT

Manifestation devant le parlement, à Tbilissi, ce dimanche 26 janvier. Les rassemblements s'y tiennent chaque soir à partir de 20 heures.

GÉORGIE

Kafka dans le Caucase

Clément Girardot

Plusieurs centaines de personnes ont été arrêtées et jugées pour leur participation aux récentes manifestations pro-européennes en Géorgie. Comme l'acteur Andro Chichinadze et l'activiste Gia Jvarsheishvili, elles font face à l'impunité policière et à une justice aux ordres du pouvoir.

« Mamou, tu es très mignon, mais n'oublie pas que tu parles à une personne innocente. » Ces mots écrits le 21 janvier au stylo-bille sur une feuille sont signés par l'acteur Andro Chichinadze, 28 ans, qui est incarcéré à la prison de Gldani, en périphérie de la capitale géorgienne Tbilissi. Il s'adresse à Mamouka Mdinardze, député du parti Rêve Géorgien et chef de la majorité parlementaire qui suggérait de l'aider s'il reconnaissait sa culpabilité.

Andro Chichinadze, un des comédiens les plus en vue de la nouvelle génération, est incarcéré depuis le 5 décembre. « Ils sont venus l'arrêter chez lui. Une femme a prétexté être une employée de la compagnie de gaz pour qu'il ouvre la porte et ensuite un groupe de policiers est rentré pour lui poser quelques questions et l'ont embarqué », raconte son amie, la comédienne Ananano Makharadze. « Ils n'ont aucune preuve contre lui, il n'a jamais rien fait de violent. C'est difficile de comprendre pourquoi ils l'ont arrêté, c'est un acteur et il est célèbre, mais les autres raisons sont un mystère. »

Il est actuellement l'un des prisonniers politiques les plus connus du pays avec la journaliste Mzia Amaglobeli qui est en grève de la faim depuis le 12 janvier. Le jeune acteur risque jusqu'à neuf ans de prison pour des faits de « violence en groupe », après avoir participé aux manifestations pro-européennes qui secouent quotidiennement la Géorgie depuis le 28 novembre, date à laquelle le premier ministre, Irakli Kobakhidze, a annoncé la suspension pour quatre ans des négociations d'adhésion avec l'Union européenne.

Autoritarisme et dérive pro-russe

Suite au déclenchement de la guerre en Ukraine, la Géorgie avait pourtant déposé un dossier de candidature et reçu en décembre 2023 le statut de pays candidat, une première pour une nation du Caucase. Mais, en parallèle, la politique du gouvernement du parti Rêve Géorgien, au pouvoir depuis 2012, s'est éloignée de plus en plus de son orientation traditionnellement pro-occidentale pour s'aligner sur Moscou.

Les motivations sont multiples. Au niveau économique, des hommes d'affaires proches des autorités bénéficient des flux commerciaux permettant de contourner les sanctions occidentales. Au niveau politique, une relation plus proche avec la Russie permet au Rêve Géorgien de se dé-

INTERGLOBAL

douaner de ses obligations constitutionnelles (1) et démocratiques. Ce tournant autoritaire s'est matérialisé dans l'organisation des élections législatives du 26 octobre 2024, marquées par des fraudes massives.

Les sondages étaient pourtant favorables aux quatre coalitions pro-européennes qui s'étaient engagées à former un gouvernement en cas de victoire et semblaient portées par la dynamique des grandes manifestations du printemps contre la loi stigmatisant les ONG comme des « agents de l'étranger ». Mais les résultats officiels – toujours non reconnus par l'Union européenne ou les États-Unis – donnent la victoire au Rêve Géorgien avec 54 % des voix.

Abasourdis par ce revers, les forces d'opposition et les citoyens semblent d'abord incapables d'organiser une riposte, jusqu'à l'annonce surprise du 28 novembre. « Cette déclaration fait partie d'un plan visant à détériorer la situation pour accentuer la répression et soumettre le pays à un contrôle total », décrypte Hans Gutbrod, professeur d'analyse politique à l'Université Ilia de Tbilissi.

Une répression massive et planifiée

Le régime du Rêve Géorgien, dominé par l'oligarque Bidzina Ivanichvili, semble alors miser sur une réaction violente des manifestant·es pour légitimer la répression. Si les protestations sont, dans les premiers jours, marquées par un usage important de feux d'artifices, les violences policières sont bien plus notables : tabassage de manifestant·es, usage disproportionné de gaz lacrymogènes, arrestations illégales. Certains éléments criminels apparaissent même en marge des rassemblements pour agresser des journalistes ou des citoyens, avec la complicité des forces de l'ordre.

Le pouvoir pense alors pouvoir refermer cette séquence en interdisant la vente de feux d'artifice et de masques de protection, et en arrêtant quelques boucs émissaires : des leaders de l'opposition et aussi quelques personnalités publiques, dont l'acteur Andro Chichinadze le 5 décembre.

Quelques jours auparavant, le 1er décembre, l'activiste Gia Jvarsheishvili, 44 ans, est appréhendé lors d'une manifestation près du parlement. Grand, il porte des cheveux longs et une barbe, sa silhouette est facilement reconnaissable dans la foule. « Il a aussi été arrêté car il portait autour de lui un drapeau géorgien », sou-

tient son avocate Ilona Diasamidze.

Son récit concorde avec celui de nombreuses autres personnes arrêtées. « Ils ont commencé par m'insulter et me menacer de viol », se souvient Gia. Il passe ensuite entre deux rangées de policiers qui le frappent et il est tabassé encore plus violemment dans une voiture, si bien qu'il est directement amené à l'hôpital et non en garde à vue. D'autres témoignages rapportent plutôt des passages à tabac et des humiliations organisés dans des minibus, une méthode déjà utilisée pour réprimer les opposants en Biélorussie (2).

Si les arrestations et les violences ont ensuite continué à un rythme moins soutenu, le bilan de la première semaine de contestation est très lourd pour un pays de 3,7 millions d'habitants : près de 500 individus ont été arrêtés dont plus de 300 ont été soumis à des violences, au moins 80 victimes ont dû être hospitalisées. « Ce ne sont pas juste des tabassages, ces violences peuvent être caractérisées de mauvais traitements ou même de torture », affirme Mari Kapanadze, une avocate qui coordonne l'assistance légale aux personnes arrêtées. « Nous voyons que la police sort complètement du cadre de la loi, les agents suivent des ordres de leurs supérieurs dont le but est de terroriser les manifestants et de les dissuader de sortir à nouveau dans la rue. »

Gia Jvarsheishvili a eu deux côtes cassées, un tendon abîmé et des hématomes sur le visage. « J'ai dû porter une attelle à la jambe pendant plusieurs semaines et j'ai des difficultés pour porter des objets lourds », affirme l'activiste qui a été interpellé, tabassé et hospitalisé de nouveau le 11 janvier dernier. Des vidéos circulant sur les réseaux sociaux le montrent au sol en train d'être immobilisé par des policiers sur la principale avenue de Tbilissi.

Justice aux ordres

Cet instructeur pour l'autonomie des personnes déficientes visuelles attend donc un second procès le 6 février prochain après avoir été condamné à 2.200 laris (730 euros) d'amende pour avoir désobéi aux ordres de la police. Il comparait cette fois en vertu des articles 166 (vandalisme mineur) et 173 (refus d'obéir à une demande légitime de la police et/ou insulte envers un policier) du Code des infractions administratives.

« Lors du premier procès, la cour n'avait aucune preuve réelle, aucun document montrant les conditions de son arrestation. Deux policiers sont

venus témoigner mais Gia ne les a jamais vus », assure son avocate Ilona Diasamidze. « Ce n'est pas un cas isolé, le système judiciaire fonctionne malheureusement ainsi maintenant. »

Les juges prennent leurs décisions sur la base de faux témoignages des forces de l'ordre alors qu'aucune enquête n'a été ouverte au sujet des violences policières, pourtant largement documentées. Le ministre de l'Intérieur, Vakhtang Gomelauri, ancien garde du corps du milliardaire Bidzina Ivanichvili, a même été promu au rang de vice-premier ministre, en dépit des sanctions adoptées par les États-Unis et le Royaume-Uni en réaction à sa responsabilité dans la répression.

Dans les années suivant son arrivée au pouvoir en 2012, le Rêve Géorgien a maintenu une façade diplomatique pro-occidentale tout en priorisant une mise au pas de l'institution judiciaire qui est aujourd'hui quasi-totalement composée de juges loyaux qui suivent des directives politiques. Les observateurs parlent de « clan judiciaire » pour désigner les juges les plus haut placés qui sont directement affiliés à Bidzina Ivanichvili. « La capture remonte jusqu'à la cour constitutionnelle qui a validé les actions usurpatoires du régime, allant des élections frauduleuses du 26 octobre jusqu'à celle d'un soi-disant président le 14 décembre », affirme le juriste Davit Zedelashvili.

Un combat existentiel

L'accession de l'ancien footballeur Mikheil Kavelachvili à la fonction présidentielle, dont les pouvoirs sont largement symboliques, marque toutefois la prise de contrôle de la dernière institution indépendante du pays. La présidente sortante, la pro-européenne Salomé Zourabichvili, entend rester la présidente légitime du pays jusqu'à la tenue d'élections libres et transparentes et, à ce titre, continue de rencontrer des responsables politiques étrangers, dont Emmanuel Macron, le 26 janvier dernier.

Elle réclame aussi la libération des détenu·es politiques, qui sont au nombre d'une quarantaine d'après un décompte de l'opposition. Des personnes arrêtées viennent déjà d'être condamnées pour des faits remontant aux manifestations du printemps. C'est le cas de Pridon Bubuteishvili, 20 ans, qui a été condamné à cinq ans de détention pour avoir endommagé une décoration métallique du portail du parlement et jeté une pierre sur un policier.

Une audience du procès concernant Andro Chichinadze et 10 autres inculpés s'est déroulée le 10 janvier dernier. L'acteur prend alors brièvement la parole : « C'est un processus tellement étrange, je n'arrive pas du tout à le comprendre. Cela m'a rappelé Josef K., le personnage de Kafka, qui subit un procès sans jamais comprendre ce qui lui arrive. »

Cette référence littéraire fait le tour des réseaux sociaux, illustrant l'absurdité des poursuites judiciaires à l'encontre des manifestants. « L'affaire est entièrement motivée par des considérations politiques. Si l'on examine la question d'un point de vue purement juridique, Andro ne devrait pas passer une seule seconde en prison car il n'y a aucun risque qu'il interfère avec l'enquête », affirme son avocat, Tornike Migineishvili.

Le 10 janvier, le juge décide de maintenir les coaccusés en détention préventive et d'ajourner le procès au 5 mars pour permettre aux enquêteurs de poursuivre leur travail, mais il est fort possible que celui-ci soit une nouvelle fois repoussé. « Nous démontrons lors du procès grâce à des preuves et des témoignages que les seuls à avoir été violents et à avoir attaqué des personnes en groupe sont les membres des forces de l'ordre », continue l'avocat.

Gia Jvarsheishvili et Andro Chichinadze sont devenus les visages de l'injustice du régime du Rêve Géorgien, et d'un combat qui concerne non seulement le futur européen de la Géorgie, mais aussi la résistance contre l'établissement d'une dictature. Depuis les élections frauduleuses du 26 octobre, beaucoup de manifestantes et manifestants ont le sentiment qu'il s'agit dorénavant d'un combat existentiel pour maintenir l'indépendance de leur pays face à la Russie. « Vaincre est crucial, car l'alternative est un retour à l'Union soviétique. Comme le dit un poème : Tbilisi ne sera pas réduite au silence », lance Gia Jvarsheishvili.

1) Notamment l'article 78, ajouté par le gouvernement du Rêve Géorgien en 2017 : « Les organes constitutionnels doivent prendre toutes les mesures relevant de leurs compétences pour assurer l'intégration complète de la Géorgie dans l'Union européenne et l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord. »

2) La dictature d'Alexandre Loukachenko et les autorités géorgiennes ont signé un accord de coopération sécuritaire qui est entré en vigueur en 2021.